

Niederschrift

über die 10. Sitzung (Etatsitzung) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
am Mittwoch, **22.03.2006**, 17:08 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Sybille Benning (als Vertretung für Herrn Heinz-Georg Buddenbäumer), Herr Georg Berding, Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning, Herr Markus Funk, Herr Rudolf Klein, Herr Josef Messing, Frau Ursula Möllers, Herr Robert Otte, Frau Helga Welker, Frau Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Herr Alexander Bercht, Herr Ralf Hubert, Herr Dr. Michael Jung, Frau Marianne Koch, Herr Kurt Pölling (als Vertretung für Frau Gabriele Kubig-Steltig), Herr Udo Reiter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas, Frau Maria Klein-Schmeink (als Vertretung für Herrn Jörn Möltgen), Herr Carsten Peters,

von der FDP-Fraktion

Frau Carola Möllemann-Appelhoff, Herr Hans Varnhagen,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Gerd Kersting,

von der Verwaltung

Herr Karl-Heinz Althues, Herr Hartmut Bartmann, Herr Gerd Bertling, Frau Helga Bickeböller, Herr Dieter Buth, Herr Dr. Ingo Deitmer, Herr Jochen Detering, Frau Rita Feldmann, Herr Klaus Frohne, Herr Dr. Hans-W. Gummersbach, Herr Manfred Heilemann, Herr Rainer Kneilmann, Herr Steffen Maser, Herr Winfried Mörchen, Herr Christoph Prange, Herr Alfons Reinkemeier, Herr Jürgen Rump, Herr Volker Theil, Frau Jutta Tillmann, Herr Gerd Uken, Herr Michael Volmering, Herr Holger Waterkamp, Herr Ludger Watermann, Herr Werner Wesselmann, Herr Franz Winter,

für die Schriftführung

Herr Frank Möller.

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 10. Sitzung (Etatsitzung) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 22.03.2006

Tagesordnung:

- | | |
|---------------------------|---|
| | 1. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling |
| | 3.1. Finanzwirtschaftliche Angelegenheiten |
| <u>V/0085/2006/1</u>
V | 3.1.1. Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord
Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH |
| <u>V/0139/2006</u>
V | 3.1.2. Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster |
| <u>V/0125/2006</u>
V | 3.1.3. Umstrukturierung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens, Zur Alten Feuerwache 5, 48165 Münster, zu einer integrativen Schwerpunkteinrichtung für behinderte und nicht behinderte Kinder |
| <u>V/0114/2006</u>
IV | 3.1.4. Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007 |
| <u>V/0186/2006</u>
IV | 3.1.5. Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in erweiterte Ganztagschulen |
| <u>V/0060/2006</u>
V | 3.1.6. Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 - 2009
hier: Maßnahmen im Budget des Sozialamts |
| <u>V/0173/2006</u>
III | 3.1.7. Zukünftige Verwertung des Grundstücks ehemaliger "Lindenhof" - Promenade/Himmelreichallee |
| <u>V/0067/2006</u>
VI | 3.1.8. St. Bühnen Münster - Einbau eines behindertengerechten Aufzuges im Foyer des Großen Hauses
- Planungs- und Baubeschluss - |
| <u>V/0093/2006</u>
IV | 3.1.9. Bühnenbewirtschaftungsplan der Städtischen Bühnen Münster für die Spielzeit 2006/2007
Finanzplan und Investitionsplan für die Spielzeiten 2005/2006 bis 2009/2010 |
| <u>V/0875/2005</u>
IV | 3.1.10. Errichtung eines vereinseigenen Gebäudes für den TuS Hilstrup 1930 e. V. mit einer Breitensporthalle sowie einem Büro- und Kommunikationstrakt Moränenstraße/Kardinalstraße (neben der neuen 3-fach Sporthalle)
hier: Einmaliger städt. Baukostenzuschuss aus der Sportförderung |

V/0134/2006/1
IV

- 3.1.11. Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard

3.2. Gebühren und Entgelte

V/0088/2006
IV

- 3.2.1. Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von Räumen in Schulgebäuden der Stadt Münster durch Dritte
Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage 1065/2005) 50

V/1036/2005
IV

- 3.2.2. 5. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Münster

V/0061/2006
IV

- 3.2.3. Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen

V/0084/2006
IV

- 3.2.4. Änderung der Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)"
- Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm

V/0145/2006
IV

- 3.2.5. Entgelte für die Nutzung städtischer Sportstätten nach den "Allgemeinen Nutzungsbedingungen"

3.3. Liegenschaften

V/0182/2006
II

- 3.3.1. Pachtzinserhöhung für Kleingartenanlagen

V/0185/2006
II

- 3.3.2. Pachtzinserhöhung für landwirtschaftliche Nutzflächen

3.4. Haushaltsplan 2006 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

- 3.4.1. Anträge und Anregungen

- 3.4.1.1. Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung NRW

- 3.4.1.2. Sonstige Anträge

- 3.4.1.3. Anträge aus der Politik

3.4.2. Veränderungsblätter/-listen
(inkl. der Veränderungen im doppelischen Haushaltsteil)

Anregungen der Bezirksvertretungen
(grüne Veränderungsblätter)

Veränderungsliste 1:
Zuständigkeit des Ausschusses für Finanzen, Be-
teilungen und Liegenschaften

Veränderungsliste 2:
Veränderungsblätter, die nicht in den Fachausschüssen beraten wurden

Veränderungsliste 3:
Gesamtveränderungslisten auf Grund der Haushaltskonsolidierungsvorlage nach dem Stand vom 01.02.2006

3 a) kamerale Veränderungen

3 b) doppelische Veränderungen

Veränderungsliste 4:
Veränderungslisten zu den Veränderungen auf Grund der Haushaltskonsolidierung – Listen 3

4 a) kamerale Veränderungen

4 b) doppelische Veränderungen

Veränderungsliste 5:
Gesamtveränderungsliste mit den Beschlüssen der Fachausschüsse

5 a) Beschlussfassung über divergierende Beschlüsse aus den Fachausschüssen

5 b) Veränderungsliste mit den Veränderungen aus der Politik (Schlüssel 10)

5 c) Veränderungsliste mit den Veränderungen frei verfügbarer Bezirksvertretungsmittel (Schlüssel 19)

5 d) Veränderungsliste mit den Veränderungen aus der Verwaltung (Schlüssel 20)

V/0190/2006

II

- 3.4.3.
- Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2006
 - Haushaltsplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2006
 - Finanzplanung und Investitionsprogramm der Stadt Münster für die Jahre 2005 - 2009

4. Beteiligungsmanagement/-controlling

- 4.1. Geänderter Wirtschaftsplan 2006 - Münster Marketing

5. Verschiedenes

V/0082/2006

III

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, eröffnete die 10. Sitzung (Etatsitzung) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um 17.08 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Herr Ratsherr Reiter verwies auf den versandten Nachtrag zur Tagesordnung und bat um Festsetzung der Tagesordnung inkl. des Nachtrags. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften setzte die Tagesordnung inkl. des Nachtrags fest.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

1. Grundstücksmarktbericht 2005

Frau Stadtkämmerin Bickeböller berichtete, dass der Grundstücksmarktbericht für das Jahr 2005 vorliege und der Vorsitzende des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Münster, Herr Tegtmeier, bei Bedarf gerne bereit sei, diesen den Ausschussmitgliedern in der nächsten Sitzung zu erläutern. Es herrschte im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einhellig die Meinung, das Informationsangebot annehmen.

2. Vergleich der Leistungen und Kosten der e.V.-Musikschulen und der Westfälischen Schule für Musik

Frau Bickeböller führte aus, dass die Verwaltung im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms 2006 eine Reduzierung des Zuschusses für die e.V.-Musikschulen um 15 Prozent vorgeschlagen hatte. Die e.V.-Musikschulen hätten daraufhin eine Neuverteilung aller Fördermittel zu Lasten der Westfälischen Schule für Musik angeregt.

Um die Leistungen und Kosten der e.V.-Musikschulen mit der Westfälischen Schule für Musik vergleichen zu können, solle nun mit Hilfe des Amtes für Wirtschaftlichkeitsprüfung und Revision eine Vergleichszahlengrundlage ermittelt werden. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung und auch die e.V.-Musikschulen hätten einem solchen Vergleich bereits zugestimmt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann habe deshalb einen entsprechenden Prüfungsauftrag an das Amt für Wirtschaftlichkeitsprüfung und Revision erteilt.

3. Gemeindefinanzierungsgesetz 2006

Frau Bickeböller berichtete, dass am 7. März 2006 ein Abstimmungsgespräch mit mehreren Städten (u. a. Bonn, Düsseldorf, Köln, Langenfeld, Rheda-Wiedenbrück, Münster) stattgefunden habe, in dem über die Zielrichtung eines gemeinsamen Vorgehens gegen die geplante Neufassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2006 und die Abschaffung des Solidarbeitragsgesetzes gesprochen wurde. Einigkeit bestand darin, dass eine Verfassungsklage gegen das Land angestrebt werden solle, sofern das Gemeindefinanzierungsgesetz in der jetzigen Entwurfsfassung unverändert beschlossen werde. Bereits jetzt werde der Sachverhalt unter Beteiligung einer Anwaltskanzlei aufbereitet, um die genaue Zielrichtung einer Verfassungsklage festlegen zu können.

4. Bürgerbegehren zum Bäderkonzept der Stadt Münster

Frau Bickeböller teilte mit, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Bäderkonzept der Stadt Münster am 6. März 2006 fristgerecht die Unterschriften für das Bürgerbegehren bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Tillmann eingereicht hätten. Die Auszählung habe ergeben, dass von den 17 810 Unterschriften 15 473 als gültig eingestuft wurden. Damit wurde das erforderliche Quorum von mindestens 8 537 gültigen Unterschriften erreicht. Zur Frage der Zu-

lässigkeit des Bürgerbegehrens und zum weiteren Verfahren werde die Verwaltung dem Rat für seine Sitzung am 5. April 2006 eine Beschlussvorlage vorlegen.

5. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Münster

Herr Reinkemeier wies auf ein am 15.3.2006 verschicktes Schreiben an die Fraktionen im Rat der Stadt Münster zur geplanten Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Münster hin, in dem die aktuelle Sachlage erläutert werde.

6. Messe „Bauen und Wohnen“ 2006

Herr Buth informierte die Ausschussmitglieder über die anstehende Messe „Bauen und Wohnen“ vom 23. – 26.3.2006 in der Halle Münsterland. Dort präsentiere das Amt für Liegenschaften die zur Vermarktung anstehenden städt. Baugrundstücke. Für Fragen zum Planungsrecht und zur öffentlichen Förderung der Bauvorhaben stünden Mitarbeiter des Planungsamtes bzw. des Amtes für Wohnungswesen zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder wurden informiert, dass für sie Eintrittskarten für den Besuch der Messe beim Amt für Liegenschaften bereit liegen.

Punkt 3 der Tagesordnung	Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling
Punkt 3.1 der Tagesordnung	Finanzwirtschaftliche Angelegenheiten
Punkt 3.1.1 der Tagesordnung V/0085/2006/1	Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH

Herr Ratsherr Reiter verwies auf die Vorlage in der Fassung der ersten Ergänzung. Nach kurzer Diskussion empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat mehrheitlich (CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

- Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können.
 - wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.
 Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.
- Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.

3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss der Ausschüsse für Soziales und Arbeitsförderung und für Kinder, Jugendliche und Familien für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.

**Punkt 3.1.2 der Tagesordnung
V/0139/2006**

Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster

Herr Ratsherr Hubert erklärte sich nach §§ 43 II, 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) für befangen und nahm nicht an der Abstimmung teil. Anschließend empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Der Rat beschliesst die Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster, die mit den betroffenen Trägern der Angebote einvernehmlich abgestimmt wurden (siehe Ziffern 3.1 – 3.3 der Begründung).

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis der Ausführungen in den Ziffern 3.1 – 3.3 entsprechende Verträge abzuschließen:

- mit dem Träger der Kinderkrisenhilfe, dem Kinderheim St. Mauritz zum 01.04.2006,
- mit dem Träger des Mädchenhauses, der Outlaw gGmbH zum 01.03.2006 und
- mit dem Träger des ZOFF, dem SKM Münster e.V. zum 01.05.2006.

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch die Veränderung der Angebotsprofile und die Reduzierung der Platzkontingente im Jahr 2006 ein Konsolidierungsbeitrag von 560.000 € erbracht wird. Die Ausgabenreduktion im Jahr 2007 beträgt voraussichtlich 610.000 €, ab dem Jahr 2008 soll sie sich auf 710.000 € belaufen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass nur für die Inobhutnahme Kosten von 607.000 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4561.770.3000.0	Inobhutnahme, niederschwellige Angebote	2006	1.085.040	HH-Ansatz einschl. der niederschwelli- gen Angebote
4551.770.0000.X	Heimerziehung, betreute Wohnformen, Abklärung	2006	12.921.850	

Durch den Umbau der Inobhutnahme-Strukturen werden im Haushalt 2006 bei der HHSt. Inobhutnahme 160.000 € und bei der HHSt. Heimerziehung für den Teilbereich der Abklärung 400.000 € eingespart.

**Punkt 3.1.3 der Tagesordnung
V/0125/2006**

Umstrukturierung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens, Zur Alten Feuerwache 5, 48165 Münster, zu einer integrativen Schwerpunkteinrichtung für behinderte und nicht behinderte Kinder

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Die zur Errichtung einer integrativen Schwerpunkteinrichtung von der Kath. Kirchengemeinde St. Clemens zum Kindergartenjahr 2006/2007 (Beginn 01.08.2006) geplante Umstrukturierung von einer der Kindergarten-Regelgruppen der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens in eine Kindergarten-Tagesstättengruppe mit fünf Plätzen für behinderte bzw. von Behinderung bedrohte und 15 Plätzen für nicht behinderte Kinder wird begrüßt - die dabei entstehenden Mehrkosten werden schrittweise aus vorhandenen städtischen Mitteln finanziert.
2. Die Förderung der unter Beschlussziffer 1 genannten Maßnahme steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Zustimmung und Förderusage gem. den Sozialhilfegrundsätzen für die Förderung von Schwerpunkteinrichtungen in Westfalen-Lippe durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Gruppenumstrukturierung im Rahmen der Betriebskosten beim öffentlichen Zuschuss gem. GTK ab dem 01.08.2006 jährlich ca. 2.600 € an städtischen Mehrkosten entstehen (im Haushaltsjahr 2006 in der Zeit vom 01.08. bis 31.12.2006 anteilig ca. 1.085 €).

Ab dem 01.08.2007 entstehen durch die Übernahme der Mehrkosten beim Trägeranteil gem. GTK jährlich ca. 2.900 € an weiteren städtischen Mehrkosten - insgesamt entstehen somit ab dem 01.08.2007 jährlich städtische Mehrausgaben in Höhe von ca. 5.500 €.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die Mittel für die Mehrkosten beim öffentlichen Zuschuss gem. GTK werden ab dem 01.08.2006 aus der Haushaltsstelle 4640.718.0200.9 „Betriebskostenzuschüsse an Träger“ und die Mittel für die städtische Übernahme der Mehrkosten beim Trägeranteil ab dem 01.08.2007 aus der Haushaltsstelle 4640.718.0100.6 „Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse für GTK-Tageseinrichtungen“ bereitgestellt. Eine Erhöhung der Ansätze wird hierfür nicht erforderlich.

Befristung

keine

**Punkt 3.1.4 der Tagesordnung
V/0114/2006**

Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007

Im Ausschuss wurde der Antrag gestellt, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss/Rat zu schieben. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte dem Antrag einstimmig zu, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss/Rat zu schieben.

**Punkt 3.1.5 der Tagesordnung
V/0186/2006**
**Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in
erweiterte Ganztagschulen**

Im Ausschuss wurde der Antrag gestellt, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss/Rat zu schieben. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte dem Antrag einstimmig zu, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss/Rat zu schieben.

**Punkt 3.1.6 der Tagesordnung
V/0060/2006**
**Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 - 2009
hier: Maßnahmen im Budget des Sozialamts**

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 1.1 mit der Verbraucherzentrale NRW die Kürzung des städtischen Zuschusses um 20.000 € auf jährlich 132.420 € in den Jahren 2006 bis 2009,
 - 1.2 mit der Alexianer Krankenhaus GmbH (Gerontopsychiatrisches Zentrum) die Kürzung des städtischen Zuschusses vom Haushaltsjahr 2006 an um jährlich 15 % ($\cong$ 14.980 €) auf 84.890 € und seine Fortschreibung in gleicher Höhe in den Jahren 2007 bis 2009,
 - 1.3 mit den lokalen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege die Kürzung der Zuschüsse um 9.200 € je Verband und Jahr ab 2006 zu verhandeln.
2. Das Programm „MünsterCard“ (Familienpass) wird mit Wirkung ab 01.05.2006 eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Fortbestehen der Vergünstigungen für Inhaberinnen und Inhaber gültiger MünsterCards bis zum Monatsende April 2007 zu sorgen.
3. Das Programm „Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen“ wird ab 2006 eingestellt; die „Richtlinien der Stadt Münster zur Förderung von Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen“ vom 06.11.2002 werden aufgehoben.
4. Die Übergangseinrichtungen
 - 4.1 für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler Meckmannweg 15-55 und Scheibenstraße 114 sowie
 - 4.2 für Flüchtlinge Philippistraße 4

werden im Lauf des Jahres 2006 geschlossen; darüber hinaus werden weitere 90 Plätze in einer der Einrichtungen Am Kämpken 2-12 oder Bockhorststraße 126-132 abgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, den betroffenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bzw. Flüchtlingen adäquate Unterbringungsalternativen rechtzeitig bereitzustellen und bei ihren Umzügen angemessen zu unterstützen.
5. Die Verwaltung wird dem Rat im 2. Quartal Empfehlungen über Einzelregelungen und Verfahren mit Blick auf Eigenbeteiligungen der Nutzerinnen und Nutzer des Behindertenfahrtendienstes ab 01.07.2006 in einer gesonderten Vorlage vorstellen.
6. Die jährliche dynamische Anpassung der Ansätze
 - 4700.718.0500.8 Osthuesheide; Zuschuss für Sozialarbeit
 - 4700.718.1400.0 Reinhold Hach; Zuschuss für Selbsthilfeprojekt

- 4700.718.1600.6 Diakonisches Werk; Zuschuss für Beratungs- und Tagesstätte alleinstehender Wohnungsloser
- 4700.718.1700.9 Paritätischer Wohlfahrtsverband; Zuschuss Kontaktstelle
- 4700.718.2400.6 Lebenshilfe für geistig Behinderte; Zuschuss
- 4700.718.2500.9 c.u.b.a.; Zuschuss Sozialhilfeberatung
- 4700.718.2600.1 Alexianer-Krankenhaus – gerontopsychiatrisches Zentrum; Zuschuss (s. Ziff. 1.2)
- 4700.718.5300.X SKF; Zuschuss aufsuchende Sozialarbeit
- 4700.718.6600.3 Förderung von Begegnungsstätten/Stadtteilarbeit
- 4980.788.3000.8 Soziale Schuldnerberatungshilfen

an die Personal- und Sachkostenentwicklung wird in den Jahren 2006 bis 2009 ausgesetzt.

7. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, für eine finanzielle Absicherung des Projekts von Mensch zu Mensch bis 30.09.2006 aus Stiftungsmitteln zu sorgen sowie eine Förderung aus Stiftungsmitteln über den Projektzeitraum hinaus zu prüfen.

Konsolidierungswirkung

Mit dieser Vorlage legt die Verwaltung Beschlussempfehlungen zur Umsetzung der Konsolidierungsblätter 89, 91 – 94, 97 – 98, 103, 106 und 108 des Spar- und Konsolidierungsprogramms 2006 – 2009 (Vorlage V/1065/2005) vor.

Der städtische Haushalt wird durch diese Maßnahmen wie folgt entlastet:

Jahr	2006	2007	2008	2009
Entlastung (Σ Maßnahmen)	599.340	650.060	683.040	693.010
darunter Personalkosten zu Ziffer 4	114.850	114.850	134.790	144.760

Die haushaltsmäßigen Konsequenzen des Beschlussvorschlages wurden noch nicht im Entwurf des Haushaltsplans 2006 bzw. in der Finanz- und Investitionsplanung 2005 – bis 2009 berücksichtigt. Die Verwaltung wird dazu jeweils Veränderungsblätter zu den Haushaltsplanberatungen vorlegen.

Punkt 3.1.7 der Tagesordnung V/0173/2006

Zukünftige Verwertung des Grundstücks ehemaliger "Lindenhof" - Promenade/Himmelreichallee

Frau Stadtkämmerin Bickeböller verwies auf eine Anregung nach § 24 GO NW des Vereins für Autonomie, Soziokultur und Kommunikation e.V. (ask). Herr Bartmann erläuterte kurz die geänderte Beschlussfassung der Bezirksvertretung Münster-Mitte.

Anschließend brachte Herr Rats Herr Klas für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einen Änderungsantrag ein.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rats Herr Reiter, schlug vor, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte anschließend dem Antrag einstimmig zu, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Punkt 3.1.8 der Tagesordnung V/0067/2006

St. Bühnen Münster - Einbau eines behindertengerechten Aufzuges im Foyer des Großen Hauses - Planungs- und Baubeschluss -

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Der Einbau eines behindertengerechten Aufzuges im Foyer des Großen Hauses wird nach den Plänen des Amtes für Gebäudemanagement, vom 15.11.2005, ausgeführt (Anlage 1).
2. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Bau im Juni 2006 begonnen wird und die Fertigstellung voraussichtlich im August 2006 erfolgt.

Kosten/Folgekosten

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 24.01.2006 in Höhe von 130.000 Euro (Anlage 2), als auch Folgekosten in Höhe von 5.000 Euro/Jahr entstehen.

Mittelbereitstellung/Finanzierung

5. Die oben genannte Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren und im Haushaltsplan 2006 bereitzustellen:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag Euro	Bemerkung
3310.940.1130.7	Baukosten Einbau eines behindertengerechten Aufzuges im Foyer GH	2006	130.000	Finanzierung durch Entnahme aus der Sonderrücklage der Städt. Bühnen
Insgesamt:			130.000	

Einnahmen				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag Euro	Bemerkung
9115.315.0046.9	Entnahme aus der Sonder- rücklage der Städt. Bühnen - Sanierungsrücklage	2006	130.000	
Insgesamt:				

Befristung

6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme nicht unter dem Vorbehalt der Bezuschussung durch das Land steht.

**Punkt 3.1.9 der Tagesordnung
V/0093/2006**

**Bühnenbewirtschaftungsplan der Städtischen
Bühnen Münster für die Spielzeit 2006/2007
Finanzplan und Investitionsplan für die Spielzeiten
2005/2006 bis 2009/2010**

Nach Klärung einer Rückfrage durch die Verwaltung empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat einstimmig bei Enthaltung (UWG-MS/ödp), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und
Liegenschaften
22.03.2006
öffentlich

Sachentscheidung:

1. Gem. § 36 GemHVO wird für die Städtischen Bühnen Münster der Zeitraum vom 01.09.2006 bis 31.08.2007 als Wirtschaftsjahr festgesetzt.
- 2.1 Für den Bühnenbewirtschaftungsplan der Spielzeit 2006/2007 wird der Gesamtzuschuss an die Städtischen Bühnen mit **16.120.000 €** festgesetzt. Gegenüber der Spielzeit 2005/2006 verringert sich der Gesamtzuschuss um **360.000 € (= - 2,2 %)**.
- 2.2 Nicht vorhersehbare Mindereinnahmen oder Mehrausgaben sind entweder durch die Inanspruchnahme einer noch bestehenden Rücklage oder, soweit möglich, durch Minderausgaben des Bühnenbewirtschaftungsplanes der Spielzeit 2005/2006 abzudecken. Hierbei sind die „Leitlinien für das Aufstellungs- und Bewirtschaftungsverfahren des Bühnenbewirtschaftungsplanes“ auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 10.07.2002 zu beachten.
- 2.3 Unter Berücksichtigung der Vorgaben zu Ziffer 2.1 wird hiermit der Bühnenbewirtschaftungsplan der Städtischen Bühnen Münster für die Spielzeit 2006/2007 – siehe Anlage 1 – mit

Gesamteinnahmen	4.630.180 €
Gesamtausgaben	<u>20.750.180 €</u>
Gesamtzuschussbedarf	16.120.000 €

beschlossen.

- 2.4 Die Finanzplanung und das Investitionsprogramm für die Spielzeiten 2005/2006 bis 2009/2010 werden, ohne dass dieses mit einer Zustimmung verpflichtend verbunden ist, zur Kenntnis genommen (siehe Anlage 1).

**Punkt 3.1.10 der Tagesordnung
V/0875/2005**

**Errichtung eines vereinseigenen Gebäudes für den TuS Hiltrup 1930 e. V. mit einer Breitensporthalle sowie einem Büro- und Kommunikationstrakt Moränenstraße/Kardinalstraße (neben der neuen 3-fach Sporthalle)
hier: Einmaliger städt. Baukostenzuschuss aus der Sportförderung**

Nach Klärung einiger Fragen der Ausschussmitglieder durch die Verwaltung und anschließender kurzer Diskussion ließ Herr Ratsherr Reiter über die Vorlage abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte die Vorlage mehrheitlich (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp) bei Für-Stimmen (SPD) ab.

**Punkt 3.1.11 der Tagesordnung
V/0134/2006/1**

Rückführung bestimmter Leistungen im Bereich der Schülerfahrkosten auf den gesetzlichen Mindeststandard

Herr Ratsherr Reiter verwies auf die Vorlage in der Fassung der ersten Ergänzung. Anschließend unterbrach er die Sitzung für 5 Minuten, damit noch Unterlagen kopiert werden konnten. Nach Wiedereintritt in die Sitzung stellte Frau Ratsfrau Klein-Schmeink für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Münster übernimmt weiterhin die Schülerfahrkosten für spätausgesiedelte und ausländische Schüler, die mit Zustimmung und auf Wunsch des Schulträgers an der Fürstenbergschule, der Fürstin-von-Gallitzin-Realschule, der Geistschule und dem Gymnasium Paulinum unterrichtet und gefördert werden.

2. Die Stadt Münster übernimmt weiterhin die Kosten für die Taxibeförderung für Schüler der Primarstufen der Förderschulen.
3. Es wird ein „Härtetopf“ eingerichtet, aus dem die Fahrtkosten für Schüler der Jahrgangsstufen 6 - 13 im Schuljahr 06/07, die aus einkommensschwachen Familien kommen, analog der Entgeltordnung „Förder- und Betreuungsangebote“ finanziert werden, um damit einen nur finanziellen veranlassten Schulwechsel zu vermeiden. Dies gilt für die Dauer des Schulbesuchs, d. h. spätestens auslaufend zum Jahr 2012.
4. Für Schüler des Steingymnasiums, für die der jetzige Standort Hindenburgplatz die nächstgelegene Schule ist und für die dies am neuen Standort Gievenbeck nicht mehr zutrifft, werden für die Dauer des Schulbesuchs die Schülerfahrtkosten erstattet.
5. Darüber hinaus gelten die unter Ziffer 1 auf Seite 3 der Vorlage 0134/2006 genannten Ausnahmen.“

Im Anschluss daran brachte Herr Ratsherr Dr. Jung für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen:

1. (neu) Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Stadtwerke Münster GmbH zum Beginn des Schuljahres 2006/2007 die Einführung eines Schülertickets in Münster umzusetzen, das für alle Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis nach dem „Aachener Modell“ die Mobilität auf dem Schulweg und in der Freizeit sichert.
2. (wie Vorlage Punkt 1).
3. (wie Vorlage Punkt 2).
Ergänzung: Dabei soll weiterhin gewährleistet bleiben, dass in allen Fällen, in denen dies pädagogisch erforderlich ist, auch weiterhin ein Taxenverkehr erhalten bleibt. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Schulleitungen der Förderschulen ein Konzept zu entwickeln, das eine faire und für alle Beteiligten transparente Lösung bringt, wer mit dem Taxi zur Schule befördert wird. Dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist laufend über die Kostenentwicklung zu berichten.
4. (anstelle Vorlage Punkt 3).
Die Schülerspezialverkehre in der Stadt Münster werden eingestellt. Auch in diesem Bereich werden die Leistungen der Stadt Münster auf das gesetzliche Mindestmaß zurückgeführt.“

Frau Ratsfrau Möllemann-Appelhoff und Herr Ratsherr Klein stellten für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion den Antrag, über die Vorlage in der ergänzten Fassung mit folgender weiterer Ergänzung abzustimmen:

„Die Verwaltung wird beauftragt aufzuzeigen, an welchen Stellen mit welcher Begründung im Stadtgebiet Schülerspezialverkehre durchgeführt werden und wo eine Einschränkung möglich ist. Dabei soll auch nach neuen Wegen und Möglichkeiten gesucht werden, um kreative und praktikable Lösungen der Beförderung von Kindern der Primarstufe und Förderschulen mit Hilfe der Schulen und Eltern zu organisieren.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt, die Einführung eines Schülertickets ab dem Jahr 2007 zu prüfen.“

Herr Ratsherr Reiter ließ zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diesen Änderungsantrag bei Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) mehrheitlich (CDU, FDP) ab. Anschließend ließ Herr Reiter über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte

diesen Änderungsantrag bei Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) mehrheitlich (CDU, FDP) ab.

Danach ließ Herr Reiter über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte diesem Änderungsantrag mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD) und Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) zu.

Schließlich ließ Herr Reiter über die Vorlage in der Fassung der ersten Ergänzung inkl. des Änderungsantrages von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Rat mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp), die folgende geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

Sachentscheidung:

1. - 3. Wie Hauptvorlage

4. Die nachfolgenden und beigegeführten Anregungen

Nr. 8/2006 vom 24.01.2006:

„Herr Rudolf Deneke, Schulleiter der Marienschule, bischöfliches Mädchengymnasium, beantragt, die Schülerinnen der Marienschule im Hinblick auf den Sonderstatus der Schule von der Neuregelung der Schülerfahrkosten auszunehmen.“

Nr. 14/2006 vom 10.02.2006:

„Frau Martina Sundorf und Herr Norbert Sundorf sowie weitere Eltern aus Altenberge, Havixbeck und Laer beantragen, keine rückwirkenden Änderungen der Schülerbeförderungsentgelte vorzunehmen.“

Schreiben der Gemeinde Altenberge vom 14.02.2006:

„Herr Bürgermeister Paus sowie die Herren Vorsitzenden der im Altenberger Rat vertretenen Fraktionen bitten, darauf hinzuwirken, dass im Interesse der betroffenen Eltern die Fahrkostenerstattungen für die auswärtigen Schülerinnen und Schüler wie bisher erhalten bleiben bzw. die Neuregelung der Schülerfahrkosten erst bei den neu einzuschulenden Kindern anzuwenden.“

werden nicht aufgegriffen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt aufzuzeigen, an welchen Stellen mit welcher Begründung im Stadtgebiet Schülerspezialverkehre durchgeführt werden und wo eine Einschränkung möglich ist. Dabei soll auch nach neuen Wegen und Möglichkeiten gesucht werden, um kreative und praktikable Lösungen der Beförderung von Kindern der Primarstufe und Förderschulen mit Hilfe der Schulen und Eltern zu organisieren.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt, die Einführung eines Schülertickets ab dem Jahr 2007 zu prüfen.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Gebühren und Entgelte

**Punkt 3.2.1 der Tagesordnung
V/0088/2006**

**Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von
Räumen in Schulgebäuden der Stadt Münster
durch Dritte
Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage 1065/
2005) 50**

Nach Zusage der Klärung von Sachfragen seitens der Ausschussmitglieder durch die Verwaltung stellte Frau Ratsfrau Möllemann-Appelhoff den Antrag, die Vorlage wie folgt zu ergänzen:

„Auf S. 3 des Begründungstextes der Vorlage sowie auf S. 3 der Entgeltordnung unter Punkt 2.1.2 wird der entsprechende Spiegelstrich wie folgt gefasst:

- die im unmittelbaren schulischen Kontext stehen (z. B. Vermittlung von Unterrichtsinhalten).“

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, stellte anschließend die Vorlage einschließlich dieser Ergänzung zur Abstimmung. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte der Vorlage inklusive der Änderung einstimmig zu.

Sachentscheidung:

Die in der Anlage 1 beigefügte Änderung der „Vergabe- und Entgeltordnung für die Nutzung von Schulgebäuden der Stadt Münster durch Dritte“ wird mit Wirkung vom 01.08.2006 beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und / oder Folgekosten.

Punkt 3.2.2 der Tagesordnung V/1036/2005

5. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Münster

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Rat ohne Aussprache einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung

Die anliegende Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Münster wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 3.2.3 der Tagesordnung V/0061/2006

Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Rat mehrheitlich (CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung

Die Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen der Stadt Münster wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Für das Haushaltsjahr 2006 entstehen bereits im Etatentwurf berücksichtigte Mehreinnahmen bei der HHSt. 2940.116.0000.0 "Lehrgangsgebühren" in Höhe von 2.400,00 € (5,00 € Erhöhung der Lehrgangsgebühr x 4 Monate x durchschnittlich 120 Lehrgangsteilnehmer/innen).

Der Konsolidierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2006 ist in dem Spar- und Konsolidierungsprogramm 2006 mit einer zusätzlichen Erhöhung in Höhe von 4.800,00 € (10,00 € Erhöhung der Lehrgangsgebühr x 4 Monate x durchschnittlich 120 Lehrgangsteilnehmer/innen) vorgesehen, die über Veränderungsblatt zur Konsolidierungsvorlage nachgemeldet wurde.

Befristung

Entfällt.

**Punkt 3.2.4 der Tagesordnung
V/0084/2006**

**Änderung der Entgeltordnung "Förder- und
Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler
an Grund- und Förderschulen und an offenen
Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der
Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)"
- Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm**

Nach kurzer Diskussion empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung

1. Die "Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)" erhält folgende neue Bezeichnung: "Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und **Förderschulen** und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 an **Förderschulen**)".
2. Die Neufassung der Entgeltordnung einschließlich der Tarife zur Entgeltordnung wird beschlossen (s. Anlage 1).
3. Die Neufassung der Entgeltordnung sowie die neuen Tarife treten zum 01.08.2006 in Kraft und ersetzen die derzeitige Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagsschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)" vom 03.03.2005 (vgl. Ratsvorlage V/1065/2004 vom 28.12.2004).
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der im Konsolidierungsblatt Nr. 58 gemachte Vorschlag nicht realisiert werden kann, sondern stattdessen sind Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen zu verzeichnen. Der Haushaltsansatz muss deshalb um 216.550 € reduziert werden.

**Punkt 3.2.5 der Tagesordnung
V/0145/2006**

**Entgelte für die Nutzung städtischer Sportstätten
nach den "Allgemeinen Nutzungsbedingungen"**

Herr Rats Herr Reiter verwies auf ein Schreiben der Familienbildungsstätten in Münster vom 17.03.2006. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nahm dieses Schreiben zur Kenntnis. Anschließend empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei einer Gegenstimme (UWG-MS/ödp), die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

Die Allgemeinen Bedingungen für die Nutzung der städt. Sportanlagen mit Ausnahme der städt. Hallen- und Freibäder (Allgemeine Nutzungsbedingungen) werden mit Wirkung ab 01.05.2006 neu gefasst (Anlage 1). Hierdurch wird beschlossen, dass

- die Weiterbildungseinrichtungen für die Nutzung städt. Sportstätten ab 01.05.2006 Entgelte auf der Grundlage der „Allgemeinen Nutzungsbedingungen“ zu zahlen haben (Ziffer II.3),

- für die Nutzung städtischer Sportstätten ab 01.05.2006 die Entgelte für die freien und privaten Gruppen sowie die Weiterbildungseinrichtungen (siehe Anlage 1) um 10 % erhöht werden,
- für die Nutzung der städtischen Tennisplätze und Speckbrettplätze mit wassergebundener Decke die Tarife ebenfalls ab der Saison 2006 um 10 % erhöht werden.

Punkt 3.3 der Tagesordnung

Liegenschaften

Punkt 3.3.1 der Tagesordnung V/0182/2006

Pachtzinserhöhung für Kleingartenanlagen

Ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig:

Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Pachtzinsen für Kleingartenanlagen schrittweise zu erhöhen:

Ab 01.11.2006 auf 0,20 € pro m² und Jahr

Ab 01.11.2008 auf 0,22 € pro m² und Jahr

Ab 01.11.2010 auf den gesetzlich zulässigen Höchstpachtzins

Punkt 3.3.2 der Tagesordnung V/0185/2006

Pachtzinserhöhung für landwirtschaftliche Nutzflächen

Ebenfalls ohne weitere Aussprache beschloss der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften einstimmig:

Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Pachtzinsen für landwirtschaftliche Nutzflächen schrittweise zu erhöhen:

	Ackerflächen Pacht pro Hektar und Jahr in €	Dauergrünland Pacht pro Hektar und Jahr in €
Ab Pachtjahr 2006/2007	280,00 €	230,00 €
Ab Pachtjahr 2008/2009	300,00 €	240,00 €

Punkt 3.4 der Tagesordnung

Haushaltsplan 2006 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Punkt 3.4.1 der Tagesordnung

Anträge und Anregungen

Punkt 3.4.1.1 der Tagesordnung

Anregungen nach § 24 Gemeindeordnung NRW

Herr Ratsherr Reiter beantragte für die SPD-Fraktion, die folgenden Anregungen aufzugreifen:

- Anregung Nr. 27/2006 (Antragsteller: Bennohaus, Dr. Joachim Musholt, und Arbeitskreis Ostviertel, Helmut Peters)
- Anregung Nr. 39/2006 (Antragsteller: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V.)

Herr Ratsherr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, dass die folgenden Anregungen aufgegriffen werden sollten:

- Anregung Nr. 108/2005 (Antragsteller: NABU Münster e. V., Martin Glöckner)
- Anregung Nr. 11/2006 (Antragsteller: NABU Münster e. V., Dr. Gerhard Bülter, Martin Glöckner)
- Anregung Nr. 21/2006 (Antragsteller: NABU Naturschutzstation Münsterland, Dr. Gerhard Bülter)
- Anregung Nr. 27/2006 (Antragsteller: Bennohaus, Dr. Joachim Musholt, und Arbeitskreis Ostviertel, Helmut Peters)
- Anregung Nr. 39/2006 (Antragsteller: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung zur Unterstützung Asylsuchender e. V.)
- Anregung Nr. 30/2006 (Antragsteller: Martin Ebbertz)
- Anregung Nr. 40/2006 (Antragsteller: Stadt-Lupe Münster e. V.)

Herr Ratsherr Reiter ließ zunächst über die Anregungen Nr. 108/2005, Nr. 11/2006 und Nr. 21/2006 im Block abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diese Anregungen bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp) ab.

Anschließend ließ Herr Reiter über Anregung Nr. 27/2006 abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diese Anregung bei Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) mehrheitlich (CDU, FDP) und einer Enthaltung (UWG-MS/ödp) ab.

Weiter ließ Herr Reiter über die Anregung Nr. 39/2006 abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diese Anregung bei Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) mehrheitlich (CDU, FDP) ab.

Zur Anregung Nr. 40/2006 wurde im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Einvernehmen darüber erzielt, diese bis zu den Beratungen über die politischen Anträge bzw. die Veränderungslisten zu schieben.

Schließlich ließ Herr Ratsherr Reiter über Anregung Nr. 30/2006 abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diese Anregung bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp) ab.

Punkt 3.4.1.2 der Tagesordnung Sonstige Anträge

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lagen zwei Anregungen des Ausländerbeirates vor. Die erste Anregung, der Beschluss des Ausländerbeirates vom 16.03.2006, nahm der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zur Kenntnis, sie wurde aber nicht aufgegriffen. Auch die zweite Anregung (Nr. AAB/0002/2006) wurde im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nicht aufgegriffen. Es bestand aber Einigkeit darüber, dass das Ansinnen in den Fraktionen weiter beachtet werden solle.

Punkt 3.4.1.3 der Tagesordnung**Anträge aus der Politik**

Herr Ratsherr Klein stellte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion folgende Änderungsanträge:

1. Einrichtung einer neuen HHSt. „Bauk. Str. Entlastungsstraße Nord“ mit einem Ansatz von 40.000 € in 2006
 Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
2. Einrichtung einer neuen HHSt. „Bauk. Str. Austermannstraße“ mit einem Ansatz von 40.000 € in 2006
 Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
3. Herabsetzen des Haushaltsansatzes von 100.000 € auf 0 bei der HHSt. 4521.940.1000.9 „Bauk. Stadtteilwerkstatt West“ in 2006
 Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
4. Erhöhung des Ansatzes von 0 auf 46.500 € bei der HHSt. 4601.718.0140.0 „Überbrückungsfonds offene Kinder- u. Jugendarbeit“ in den Jahren 2006 - 2009
 Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen
5. Einrichtung eines Sperrvermerkes bei der HHSt. 2150.940.1080.8 „Bauk. Erw. Wartburgschule“
 Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen
 Für-Stimmen: CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp
 Enthaltung: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
6. Schieben des Haushaltsansatzes bei der HHSt. 2300.939.1330.6 „Besch. Lehm. Schillergymn. – Ern. wiss. Fachräume“ von 2006 nach 2007
 Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, UWG-MS/ödp
 Enthaltung: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
7. Schieben der Erneuerung naturwissenschaftlicher Fachräume im Schillergymnasium um ein Jahr zur Abstimmung mit der Schulentwicklungsplanung in Höhe von 429.000 € (Haushaltsplanentwurf, doppischer Teil, Seite 46) von 2006 nach 2007
 Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, UWG-MS/ödp
 Enthaltung: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
8. Einrichten eines Sperrvermerkes und Streichung der Verpflichtungsermächtigung für 2007 bei der HHSt. 3310.940.1140.3 „Bauk. Errichtung einer Gastronomieebene“

Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen
Für-Stimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp
Enthaltung: SPD

9. Schieben der Haushaltsmittel von 45.000 € von 2006 nach 2007 bei der HHSt. 3310.940.1230.X „Bauk. Sanierung der WC-Anlage im Theatercafe“ und Einrichtung eines Sperrvermerkes

Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen

10. Schieben des Haushaltsansatzes um ein Jahr bei der HHSt. 6301.950.1410.1 „Bauk. Str. Königsstr., Fahrradabstellanlage“

Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen
Für-Stimmen: CDU, SPD, FDP
Enthaltung: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

11. Erhöhung des Ansatzes von 0 auf 85.000 € in 2006 bei der HHSt. 7090.940.1000.7 „Bauk. öffentl. Toilettenanlagen“ bei gleichzeitiger Absenkung des Ansatzes von 600.000 € auf 500.000 € bei der HHSt. 4640.940.4000.0 „Ersatzbau städt. KiTa am Jufferbach Handorf“ in 2006

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
Für-Stimmen: CDU, FDP
Gegenstimme: UWG-MS/ödp
Enthaltung: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Ratsherr Dr. Jung stellte für die SPD folgende Änderungsanträge:

1. Herabsetzen des Haushaltsansatzes von 250.000 € auf 0 bei der HHSt. 5650.718.7000.4 „Zuschuss SC Preußen Münster“ in den Jahren 2006 bis 2008

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

2. Reduzierung des Haushaltsansatzes von 4.456.000 € auf 4.256.000 € bei der HHSt. 6700.590.0000.0 „Straßenbeleuchtung Stadtwerke“ jeweils in den Jahren 2006 bis 2009

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD
Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP
Enthaltung: UWG-MS/ödp

3. Entnahme von 1 Mio. € aus der Rücklage der Westfälischen Bauindustrie GmbH und Zuführung zum städtischen Haushalt

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD
Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP
Enthaltung: UWG-MS/ödp

Herr Ratsherr Klas stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgende Änderungsanträge:

1. Herabsetzen des Haushaltsansatzes von 23.000 € in 2006 und in Folgejahren auf 0 € bei der HHSt. 0200.655.1000.2 „Organisationskonzept bürgernahe Verwaltung“

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP

2. Erhöhung des Haushaltsansatzes von 14.570 € auf 17.440 € in 2006 und Folgejahren bei der HHSt. 0000.629.8000.0 „Aktivitäten u. Sachkosten des Ausländerbeirates“

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: SPD

3. Herabsetzen des Haushaltsansatzes von 9.000 € auf 0 € bei der HHSt. 0020.718.0000.7 „Kontakte zu Bundeswehreinheiten“ in 2006 und Folgejahren

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp

4. Erhöhung des Haushaltsansatzes von 15.000 € auf 20.000 € bei der HHSt. 0201.140.0000.X „Vermietung von Veranstaltungsräumen“ in 2006 und Folgejahren

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: SPD, UWG-MS/ödp

5. Erhöhung des Haushaltsansatzes von 215 Mio. € auf 223.100.000 € durch Erhöhung des Hebesatzes bei der HHSt. 9000.003.0000.X „Gewerbebeertragsteuer“ in 2006 und entsprechende Erhöhung der Haushaltsansätze in Folgejahren um ebenfalls jeweils 8.100.000 €

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, SPD, FDP
Enthaltung: UWG-MS/ödp

6. Reduzierung des Haushaltsansatzes von 1.300.000 € auf 1.050.000 € durch Halbierung der Steuersätze für Tanzveranstaltungen bei der HHSt. 9000.021.0000.1 „Vergnügungssteuer (allgemein)“ in 2006 und Folgejahren

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp

7. Reduzierung des Haushaltsansatzes von 250.000 € auf 200.000 € bei der HHSt. 5650.718.7000.4 „Zuschuss SC Preußen Münster“ in den Jahren 2006 bis 2008

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, SPD, FDP, UWG-MS/ödp

Herr Ratsherr Kersting stellte für die Fraktion UWG-MS/ödp folgenden Änderungsantrag:

Erhöhung des Haushaltsansatzes von 4.198.000 € auf 4.248.000 € bei den Haushaltsstellen 1103.260.0100.3 „OWI-Verfahren fließender Verkehr“, 1103.260.6000.3 „OWI-Verfahren öffentliche Sicherheit“ und 1103.260.9000.X „OWI-Verfahren ruhender Verkehr“ in 2006 und Folgejahren

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimme: UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, FDP
 Enthaltung: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lagen keine Anträge der PDS/LL vor.

Punkt 3.4.2 der Tagesordnung	Veränderungsblätter/-listen (inkl. der Veränderungen im doppischen Haushaltsteil)
-------------------------------------	--

Anregungen der Bezirksvertretungen

Herr Ratsherr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die beiden Veränderungsblätter der Bezirksvertretung Münster-West aufzugreifen:

1. Reduzierung der Haushaltsansätze 2006 – 2009 i. H. v. von jeweils 764.610 € um 96.200 € auf 668.410 € bei der HHSt. „Musikschulen in freier Trägersch. Personalk.zuschuss“ (Verringerung der ursprünglichen Kürzung gem. Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 60)
2. Reduzierung der Haushaltsansätze 2006 – 2009 i. H. v. von jeweils 30.400 € um 3.800 € auf 26.600 € bei der HHSt. „Musikschulen in freier Trägersch. Sachkostenzuschuss“ (Verringerung der ursprünglichen Kürzung gem. Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 60).

Herr Ratsherr Reiter ließ über beide Anregungen abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD) und Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) zu, beide Anregungen aufzugreifen.

Veränderungsliste 1

Im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften bestand Einigkeit darüber, die Veränderungsliste 1 erst nach Beschluss über sämtliche Änderungen bei der Veränderungsliste 3 a) und b) zur Abstimmung zu stellen.

Veränderungsliste 2

Eine Veränderungsliste 2 lag dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nicht vor, da es keine Veränderungsblätter gab, die nicht in den Fachausschüssen beraten wurden.

Veränderungsliste 3 a) und 3 b) sowie 4a) und b)

Herr Ratsherr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, den Haushaltsansatz bei der HHSt. 0240.590.4000.6 „Filmservice Münster Land“ von 25.560 € um 2.500 € auf 23.060 € in den Jahren 2006 bis 2009 zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 9).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: SPD

Weiter beantragte Herr Klein für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, den Haushaltsansatz bei der HHSt. 0240.651.2000.2 „Produktion von Schriften“ von 35.000 € um 5.000 € auf 30.000 € in den Jahren 2006 bis 2009 zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 10).

Beschluss des AFBL: Antrag einstimmig angenommen

Herr Ratsherr Dr. Jung beantragte für die SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 0240.653.0000.3 „Bekanntmachungen, Anzeigen, Amtsblatt, Ortsrecht“ von 60.000 € um 30.000 € auf 30.000 € in den Jahren 2006 bis 2009 zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 8).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt

Für-Stimmen: SPD

Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp

Herr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion den Ansatz bei der HHSt. 0250.718.3000.5 „Trägerförderung“ von 246.710 € um 24.210 € auf 222.500 € im Jahre 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 um 46.710 € auf 200.000 € zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 13).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen

Für-Stimmen: CDU, FDP, UWG-MS/ödp

Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, die Kürzungen bei den HHSt. 0250.651.0000.6 „Produktion von Schriften“, 0250.651.1000.1 „Beschaffung von Büchern“ und 0250.651.2000.7 „Zeitschriften, Gesetzesblätter“ zurückzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 14).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt

Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Gegenstimmen: CDU, FDP

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, den Ansatz bei der HHSt. 9100.806.0000.0 „Zinsen für Kredite an sonst. öffentl. Sonderrechnungen“ von 16.500.000 € um 575.000 € auf 15.925.000 € im Jahr 2006 zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 35).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt

Für-Stimmen: SPD

Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp

Herr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, bei der HHSt. 7900.570.1000.9 „Zusch. Münster Marketing“ zusätzlich zum reduzierten Ansatz gem. der Vorlage V/1065/2005 eine Reduzierung des Zuschusses für den Rolinck-Cup und das Turnier der Sieger ab dem Jahr 2007 um 20 % und eine Kürzung des Zuschusses an Statt-Reisen um 36.000 € in 2006 sowie die Streichung dieses Zuschusses ab dem Jahre 2007 vorzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blätter Nr. 41 bis 49).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen

Für-Stimmen: CDU, FDP

Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, bei der HHSt. 7900.570.1000.9 „Zusch. Münster Marketing“ zusätzlich zur Reduzierung gem. der Vorlage V/1065/2005 die Streichung des Zuschusses für den Rolinck-Cup und das Turnier der Sieger (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 49).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt

Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp

Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Anschließend bat der Ausschussvorsitzende, Herr Ratscherr Reiter, um eine kurze Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung des Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wurde für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung beantragte Herr Klein für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion bei folgenden Haushaltsstellen nachfolgende Ansatzreduzierungen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 52):

1. HHSt. 2100.570.0000.X „Erst. der LuK-Kosten für Schulen an citeq (Grundschulen)“
2006: Haushaltsansatz von 348.140 € um 8.500 € auf 339.640 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 572.050 € um 110.500 € auf 461.550 € reduzieren
2. HHSt. 2150.570.0000.2 „Erst. der LuK-Kosten für Schulen an citeq (Hauptschulen)“
2006: Haushaltsansatz von 294.500 € um 7.500 € auf 287.000 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 503.570 € um 97.500 € auf 406.070 € reduzieren
3. HHSt. 2200.570.0000.9 „Erst. der LuK-Kosten an citeq (Realschulen)“
2006: Haushaltsansatz von 415.470 € um 9.000 € auf 406.470 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 594.170 € um 117.000 € auf 477.170 € reduzieren
4. HHSt. 2400.570.0000.7 „Erst. der LuK-Kosten für Schulen an citeq (Berufskollegs)“
2006: Haushaltsansatz von 30.290 € um 500 € auf 29.790 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 30.290 € um 6.500 € auf 23.790 € reduzieren
5. HHSt. 2300.570.0000.8 „Erst. der LuK-Kosten für Schulen an citeq (Gymnasien)“
2006: Haushaltsansatz von 942.220 € um 21.500 € auf 920.720 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 1.458.040 € um 279.500 € auf 1.178.540 € reduzieren
6. HHSt. 2700.570.0000.4 „Erst. der LuK-Kosten für Schulen an citeq (Förderschulen)“
2006: Haushaltsansatz von 110.930 € um 3.000 € auf 107.930 € reduzieren
2007 bis 2009: Haushaltsansatz von 205.430 € um 39.000 € auf 166.430 € reduzieren.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen

Für-Stimmen: CDU, FDP

Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Klein für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die Kürzung gem. der Vorlage V/1065/2005 bei der HHSt. 2950.718.0000.9 „ESCA-Mentis; Personal- u. Sachkostenzusch.“ zurückzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 56).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen

Für-Stimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp

Gegenstimmen: SPD

Weiter beantragte Herr Klein für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, bei der HHSt. 3500.715.0000.5 „Zuschuss Produktgruppe VHS“ die ursprünglichen Haushaltsansätze 2006 – 2009 um jeweils 93.810 € zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 66). Neue Ansätze:
2006: 610.340 € 2007: 626.750 € 2008: 605.150 € 2009: 608.140 €.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen

Für-Stimmen: CDU, FDP

Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, den Haushaltsansatz bei der HHSt. 2940.116.0000.0 „Lehrgangsgebühren“ auf dem Niveau gem. Haushaltsansatz zu belassen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 51).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltung: UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, die HHSt. 2950.718.1000.4 „Verkehrswacht Münster e. V. Zuschuss“ auf dem Niveau gem. Haushaltsansatz auch in den Jahren 2007 bis 2009 zu belassen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 53).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD
Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, bei der HHSt. 2700.639.0000.9 „Schülerfahrtkosten“ alle Schülerspezialverkehre zu streichen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 54).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltung: Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, bei den Ansätzen der HHSt. 2100.627.1000.6 „Ganztägige Betreuung Sachkosten“ keine Kürzungen vorzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 57).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltung: UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, bei den HHSt. 2100.627.2100.4 „Offene Ganztagschule“ und 2100.627.2110.0 „Offene Ganztagschule – Ferienbetreuung“ keine Kürzungen vorzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 58).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, bei den HHSt. 2100.601.1000.7 „Schulbedarf allgemein“ und 2100.628.4000.3 „Projekt Selbstständige Schule Sachkosten“ keine Kürzungen vorzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 61 und 62).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, keine Kürzungen bei der Schulpsychologischen Beratungsstelle vorzunehmen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 65).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Herr Ratsherr Kersting beantragte für die Fraktion UWG-MS/ödp, keine Kürzungen im Bereich der Schülerfahrtkosten durchzuführen und alle entsprechenden Haushaltsstellen gem. des Haushaltsansatzes zu belassen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 54).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Weiter beantragte Herr Kersting für die Fraktion UWG-MS/ödp, die Ansätze bei der HHSt. 3335.718.1000.5 „Musikschulen in freier Trägersch. – Personalk.zuschuss“ gem. Haushaltsplanentwurf zu belassen und nicht zu kürzen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 60).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Herr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die HHSt. 7620.718.0000.9 „AKO; Programm-/Betriebskostenzuschuss“ von 90.280 € um 44.280 € auf 46.000 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 90.280 € um 50.280 € auf 40.000 € zu kürzen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 72).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Klein für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die HHSt. 3330.715.0000.0 „Zuschuss doppischer Haushaltsplan Produktgruppe Musikschule“ von 1.653.140 € um 206.600 € auf 1.446.540 € im Jahre 2006 sowie in den Folgejahren den Ansatz lt. Haushaltsplanentwurf ebenfalls um jeweils 206.600 € zu kürzen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 77).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
 Für-Stimmen: CDU, FDP
 Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, den Haushaltsansatz bei der HHSt. 3430.590.3300.7 „Stipendium ‚Writers in exile‘ “ entsprechend dem Haushaltsplanentwurf zu belassen und nicht zu kürzen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 71).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, FDP

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, der Zuschusskürzung gem. Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 76.1 (Schließung der Zweigstelle Aaseemarkt der Stadtbücherei) nicht zu folgen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: SPD
 Gegenstimmen, CDU, FDP
 Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Weiter beantragte Herr Jung für die SPD-Fraktion, dem Vorschlag gem. Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 83 (Umsetzung des Bädergutachtens) nicht zu folgen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, FDP

Herr Kersting beantragte für die Fraktion UWG-MS/ödp, den Haushaltsansatz bei der HHSt. 5510.111.0000.0 „Benutzungsentgelte für Sportstätten“ im Jahr 2007 auf 250.000 €, im Jahr 2008 auf 350.000 € und im Jahr 2009 auf 300.000 € durch Einführung einer Kostenpflicht bei

der Nutzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen zu erhöhen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 81).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Herr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die HHSt. 4700.718.5500.5 „Flüchtlingsberatung und Betreuung; Zusch.“ von 153.390 € um 20.000 € auf 133.390 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 153.390 € um 73.390 € auf 80.000 € zu kürzen (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 99).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
Für-Stimmen: CDU, FDP
Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, die Kürzungen gem. Konsolidierungsvorlage Blätter Nr. 89, 91, 96, 97, 99 und 108 nicht vorzunehmen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Kürzungen gem. Konsolidierungsvorlage Blätter Nr. 94, 98, 99, 108 nicht vorzunehmen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP
Enthaltungen: SPD

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, die Kürzungen gem. Konsolidierungsvorlage Blätter Nr. 112, 124 und 127 nicht vorzunehmen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP

Herr Klein beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion folgende Änderungen an den Konsolidierungsblättern Nr. 155.2 und 155.3:

- Kürzung des Zuschusses für Naturschutzprojekte (Transferaufwendungen) von 100.000 € um 10.000 € auf 90.000 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 100.000 € um 20.000 € auf 80.000 €
- Kürzungen bei Naturschutzmaßn. + Projekte (Transferaufwendungen) von 39.900 € um 3.900 € auf 36.000 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 39.900 € um 7.800 € auf 32.100 €
- Kürzungen bei der Aufwandsentsch. + Betreuung Rieselfelder (Transferaufwendungen) in den Jahren 2007 bis 2009 von 34.280 € um 6.860 € auf 27.420 €
- Kürzung Zuschuss Emshof (Transferaufwendungen) von 29.150 € um 2.915 € auf 26.235 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 29.150 € um 5.830 € auf 23.320 €
- Kürzung bei Landwirtschaft macht Schule (Transferaufwendungen) von 8.550 € um 885 € auf 7.665 € im Jahr 2006 und in den Jahren 2007 bis 2009 von 8.550 € um 1.170 € auf 7.380 €

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich angenommen
Für-Stimmen: CDU, FDP
Gegenstimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Jung beantragte für die SPD-Fraktion, die Kürzungen gem. Konsolidierungsvorlage Blätter Nr. 144.2 und 155.3 nicht vorzunehmen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: SPD
 Gegenstimmen: CDU, FDP
 Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp

Herr Kersting beantragte für die Fraktion UWG-MS/ödp, die Haushaltsansätze im doppelten Haushaltsplanentwurf bei der Finanzposition „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ durch schrittweise Rückführung von Pflege und Unterhalt der städtischen Grünflächen im Jahr 2006 um 35.000 €, im Jahr 2007 um 150.000 € sowie in den Jahren 2008 und 2009 um jeweils 210.000 € zu reduzieren (Konsolidierungsvorlage Blatt Nr. 155.1).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimme: UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Weiter beantragte Herr Kersting für die Fraktion UWG-MS/ödp, durch den vermehrten Einsatz elektronischer Medien die Ausgaben im Jahr 2006 um 2.000 € und in den Jahren 2007 bis 2009 um jeweils 4.000 € zu reduzieren.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: SPD, UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, FDP
 Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Weiter beantragte Herr Kersting für die Fraktion UWG-MS/ödp, die Einrichtung eines Handlungsprogramms „Wir sparen für uns“, mit dem Ausgaben im Jahre 2006 um 50.000 €, im Jahre 2007 um 150.000 € sowie in den Jahren 2008 und 2009 um jeweils 250.000 € reduziert werden sollen.

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimme: UWG-MS/ödp
 Gegenstimmen: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Herr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, bei den folgenden Positionen die Haushaltsansätze gem. Haushaltsplanentwurf zu belassen:

- Veränderungsliste 3 a:
 Lfd. Nr. 8, 9, 10, 33, 34, 93, 117, 141, 152, 161, 162 - 164, 185, 187 und 222
- Veränderungsliste 3 b:
 Lfd. Nr. 14
- Veränderungsliste 4 a:
 Lfd. Nr. 4, 7, 10, 15 und 21
- Veränderungsliste 5 d:
 Lfd. Nr. 9, 30 und 101.

Herr Ratsherr Reiter ließ über diese Änderungsanträge im Block abstimmen.

Beschluss des AFBL: Anträge mehrheitlich abgelehnt
 Für-Stimmen: Bündnis 90/Die Grünen/GAL
 Gegenstimmen: CDU, FDP
 Enthaltungen: SPD, UWG-MS/ödp

Herr Ratsherr Bercht beantragte für die SPD-Fraktion, die HHSt. 4511.577.0000.0 „Budget Jugendparlament“ von 5.000 € auf 10.000 € in den Jahren 2006 bis 2009 zu erhöhen (Veränderungsliste 5 b, lfd. Nr. 5).

Beschluss des AFBL: Antrag mehrheitlich abgelehnt
Für-Stimmen: SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp
Gegenstimmen: CDU, FDP

Im Anschluss daran ließ Herr Reiter über sämtliche Veränderungslisten abstimmen. Dabei wies er nochmals darauf hin, dass alle die Offene Ganztagschule betreffenden Positionen nicht zur Abstimmung gestellt würden. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungsliste 1 in der durch die zuvor angenommenen Anträge geänderten Form mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungslisten 3 a) und 3 b) in der durch die zuvor angenommenen Anträge geänderten Form mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungslisten 4 a) und 4 b) in der durch die zuvor angenommenen Anträge geänderten Form mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Veränderungsliste 5 b), c) und d)

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungsliste 5 b) mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungsliste 5 c) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss die Veränderungsliste 5 d) mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp).

Anschließend fragte Herr Reiter, ob noch weitere Anträge vorlägen und stellte Fehlanzeige fest.

Punkt 3.4.3 der Tagesordnung V/0190/2006

- **Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2006**
- **Haushaltsplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2006**
- **Finanzplanung und Investitionsprogramm der Stadt Münster für die Jahre 2005 - 2009**

Frau Ratsfrau Klein-Schmeink beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL eine Änderung zum Stellenplan. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diese Änderung mehrheitlich (CDU, FDP) bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp) und Enthaltungen (SPD) ab.

Anschließend ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, über die Vorlage inkl. der zuvor gefassten Änderungen abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Lie-

genschaften beschloss daraufhin mehrheitlich (CDU, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp):

Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat die Annahme des Stellenplanes 2006.
2. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2006 mit dem Haushaltsplan (kameraler und doppischer Teil).
3. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat die Beschlussfassung zum Investitionsprogramm 2005 – 2009.
4. Die Finanzplanung für die Jahre 2005 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Beteiligungsmanagement/-controlling

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0082/2006

Geänderter Wirtschaftsplan 2006 - Münster Marketing

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

Der anliegende geänderte Wirtschaftsplan 2006 für MÜNSTER MARKETING wird beschlossen.

- a) Der **Erfolgsplan 2006** weist Erträge in Höhe von 3.402.641 € und Aufwendungen in Höhe von 3.402.641 € auf.
- b) Der **Vermögensplan 2006** hat ein Gesamtvolumen von 39.242 €.
- c) Die **Stellenübersicht 2006** weist 26,97 Beschäftigtenstellen und 4 Beamtenstellen aus.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Daraufhin beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Reiter, den öffentlichen Teil der Sitzung um 22.17 Uhr.

gez.

Udo Reiter
Vorsitz

gez.

Frank Möller
Schriftführung